



Pressemitteilung

Gemäß der Gemeindeordnung NRW, entscheidet nicht der Stadtrat, sondern die Oberbürgermeisterin/ der Oberbürgermeister über die Stelleneinrichtung für eine/einen hauptamtliche/n Emissions- und Lärmschutzbeauftragte/Beauftragten.

Am 28/04 wandte sich das Netzwerk Lärmschutz Düsseldorf (NLD) per Email an die vier OB-Kandidaten/Kandidatin der Ratsfraktionen mit der Frage, ob sie im Fall ihrer Wahl zum Oberbürgermeister die Stelle für eine/einen hauptamtliche/n Emissions- und Lärmschutzbeauftragte/Beauftragten einrichten würden.

Die Protagonisten der OB-Stichwahl reagierten sehr unterschiedlich:

- Dirk Elbers

A. OB Elbers kam der NLD-Bitte als einziger nicht nach, seine Antwort vor der Kommunalwahl am 25/05 zu übermitteln.

B. Das Stadtoberhaupt nahm als einziger die Beantwortung nicht persönlich vor und

C. antwortete als einziger der OB-Kandidaten mit Nein, was Dirk Elbers Helga Stulgies überließ.

- Thomas Geisel

A. Herr Geisel teilte dem NLD seine Entscheidung per Email am 06/05, also rechtzeitig vor den 25/05 mit.

B. Der Herausforderer nahm die Beantwortung persönlich vor.

C. Herr Geisel, der sich bereits am 19/02 an einer intensiv geführten Emissions- und Lärmschutzdebatte konstruktiv kritisch beteiligt hatte, antwortete mit Ja.

- Herr Born

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Helmut Born seine Beantwortung am "Tag gegen Lärm" (30/04) erst im persönlichen Gespräch und kurz darauf auch

schriftlich vornahm.

Herr Born entschied sich für ein klares Ja.

- Miriam Koch

Miriam Koch trug persönlich im Schreiben vom 30/04 begründet vor, dass die Einrichtung eines verwaltungsinternen Fachbereichs für Emissions- und Lärmschutzfragen deutlich effektiver ist.

Im Gegensatz zu einen Beauftragten, besteht für die Ratsmitglieder dann eine Kontrollfunktion, in den Ausschüssen können Berichterstattungen eingefordert werden, die Politik kann ein Monitoring für Wirksamkeitsüberprüfungen der veranlasst den Maßnahmen beschließen, etc.

Dieser mit den erforderlichen Prioritäten ausgestattete Fachbereich, soll mit mehreren Mitarbeitern aus den vorhandenen Personalbestand gebildet werden, was eine entsprechende Beschlussfassung im Rat der Stadt voraussetzt.

Die Hinweise von Frau Koch geben zu erkennen, dass die Unterzeichner des außerparlamentarischen Begehrens zwei Optionen in Betracht ziehen können:

1. Wird es eine Mehrheit für den integrierten Verwaltungsfachbereich nach Abschluss der Bildung einer möglichen neuen politischen Ratsmehrheit geben, bedarf es keiner Beauftragtenstelle auf der Startebene Büro Oberbürgermeister.
2. Die grundsätzliche Ablehnung der CDU-Ratsfraktion für zusätzliche Emissions- und Lärmschutzanstrengungen der Landeshauptstadt Düsseldorf, trübt die Aussicht für die erforderliche Ratsmehrheit.

Somit entscheidet es sich am 15/06, ob Düsseldorf einen Oberbürgermeister bekommt, der die Stadt fachlich besser gegen die absehbare Zunahme der Gesundheitsrisiken aufstellen wird.

Am Beispiel des Straßenverkehrs wird deutlich, dass für die von Herrn Elbers abgelehnten Nachbesserungen tatsächlich akuter Handlungsbedarf besteht, was u.a. von den Straßenverkehrslärmkarten untermauert wird:

Die ohnehin schon kritischen überschrittenen dB(A)-Grenzwerte nehmen, wie auf den Südring, immer noch zu; allein an mehr als 320 Straßennetzstellen, sind in Düsseldorf die gesundheitsgefährdenden Grenzwerte überschritten, doch warum?

Die Geschwindigkeitsanordnungen werden überwiegend ignoriert, die deutliche Zunahme des Schwerlast- und Individualverkehrs und der Einsatz der erheblich lauterer Niederflurstraßenbahnen, überlappen die Erfolge sämtlicher Lärmschutzmaßnahmen (Flüsterasphalt, etc.), Tendenz steigend.

Vor diesem Hintergrund gehen die vom amtierenden Oberbürgermeister im Auftrag

gegebenen Stellungnahmen von Frau Stulgies an den tatsächlichen Begebenheiten vorbei und sind fachlich widerlegbar.

Was Norbert Czerwinski von solchen Einlassungen seiner Parteifreundin Stulgies hält, finden Sie unter www.fb-i-web.de NEWS "Kommunalwahlinterviews 2014".

-

Nun folgt noch die Auswertung der Fraktionsstimmungen vom 30/04/14:

Am 30/04, Tag gegen Lärm, stellten sich die Ratsfraktionen diesen Fragen vom NLD (Netzwerk Lärmschutz Düsseldorf) (NLD):

1. Wird ihre Fraktion das Begehren für eine oder einen hauptamtlichen Emissions- und Lärmschutzbeauftragten unterstützen?
2. Wird ihre Fraktion die Erörterungen für eine freiwillige Verpflichtung der Stadt unterstützen, ob und wie das Belärmungsaufkommen in Düsseldorf bis 2024 um 5 dB(A) reduziert werden soll.

- Bodo Schadrack/FDP

Das sind zu einem wichtigen Thema zwei sehr gute Vorschläge. Die FDP-Ratsfraktion reicht die Antworten schriftlich nach, was jedoch Stand 30/05 nicht geschah.

- Iris Bellstedt, Norbert Czerwinski/GRÜNE

Für Beauftragte gibt es keine parlamentarische Kontrolle. Der Bereich ist wirkungsvoller, wenn er auf Dezernatsebene angesiedelt wird, Frage 2. wurde mit ja beantwortet.

- Ursula Holtmann-Schnieder/SPD

Es muss mehr gegen das lärmverursachte Gesundheitsrisiko in Düsseldorf getan werden, weshalb die SPD-Ratsfraktion zwei Mal mit ja antwortet.

- Helmut Born/DIE LINKE

Die Ratsfraktion von DIE LINKE beantwortet beide Fragen mit ja.

In Sachen Lärmschutz muss deutlich mehr, als bisher geschehen

- Rüdiger Gutt/CDU

Zwei Mal nein.

Die Fragen geben zu verstehen, dass in Düsseldorf mehr für den Lärmschutz getan werden muss. Dem sei jedoch nicht so, weil sich die Stellen darum sehr gewissenhaft kümmern.